



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
14.05.2025 Geilenkirchener Zeitung: Neues Castor-Lager, wenn das Land bezahlt	4
14.05.2025 Wolfenbütteler Zeitung: Rückholung Atommüll aus Asse II: Risiken und Pläne	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Neues Castor-Lager, wenn das Land bezahlt

Die Aussage der Bundesregierung war in dieser Form bisher so nicht bekannt. Dann wären auch die 152 Atomtransporte nach Ahaus vom Tisch. Angebote des Landes gibt es aber nicht.

Jülich Seit Jahren schon ist die Frage umstritten, was mit den in Jülich eingelagerten 152 Castoren geschehen soll, in denen sich 300.000 radioaktive Brennelemente-Kugeln befinden, die in einem Zwischenlager auf dem Areal des Forschungszentrums in Jülich eingelagert sind.

Das Lager sollte schon vor Jahren aus Sicherheitsgründen geräumt werden. Während das Land NRW den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich präferiert und das gar im Koalitionsvertrag als entsprechende Zielrichtung formuliert hat, haben sich die drei zuständigen Bundesministerien (Bildung und Forschung, Umwelt, Finanzen) schon 2022 auf Transporte in das Zwischenlager Ahaus verständigt. Das damals aus zwei Gründen: Die Transporte seien durch die zuständige Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) schneller zu realisieren als eine Neubauoption, die zudem eine weitere Betriebserlaubnis für das bestehende Zwischenlager voraussetzen würde. Die Transporte seien vor allem auch kostengünstiger.

Eine entsprechende Genehmigung der Transporte ist beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beantragt und könnte jederzeit kurzfristig erfolgen, nachdem das Land als zuständige Atomaufsicht eine letzte noch ausstehende Stellungnahme Ende März abgegeben hatte. Die in Düsseldorf zuständige Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) hatte noch

Anfang April davon gesprochen, dass sie nicht mit einer zügigen Umsetzung der Transporte rechne und eher auf Zeit spiele. Neubaur: „Eine valide Zeitplanung wird auch zukünftig dadurch erschwert sein, dass sowohl die Stadt Ahaus wie auch der BUND-NRW bereits eine Klage gegen die Beförderungsgenehmigung angekündigt haben. Dass sich derartige Klageverfahren naturgemäß über einen ungewissen Zeitraum erstrecken, ist Ihnen allen allgemein bekannt.“

Verblüffende AntwortDie Hoffnung, die dahinterstecken könnte: Das BASE entscheidet nicht nur über die Castortransporte, sondern auch über eine erneute Betriebsgenehmigung für das bestehende Zwischenlager. Läge die vor, wären die Transporte nicht überflüssig, könnten aber verschoben werden. Dass der Streit zwischen Land und Bund, welche Entsorgungsoption denn umgesetzt werden soll, auch anders gelöst werden kann, hat jetzt die Antwort auf eine Frage des Aachener Bundestagsabgeordneten Fabian Fahl (Die Linke) deutlich gemacht. Fahl wollte sinngemäß von der Bundesregierung wissen, wie denn der Sachstand bei der vom Land angebotenen Fläche für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich sei und ob entsprechende Verträge zum Erwerb bereits unterzeichnet worden seien.

Die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Claudia Müller (Grüne), die seit November auch beim Bun-

desministerium für Bildung und Forschung zuständig ist, verblüfft in einem entscheidenden Punkt, der so bisher nicht kommuniziert worden ist. Müller ignoriert zwar die konkrete Frage zu den Grundstücken und wiederholt die Aussage, dass man sich im Haushaltsausschuss darauf geeinigt habe, „die kostengünstigere Verbringung der Brennelemente nach Ahaus zu verfolgen“. Das aber ergänzt Müller in ihrer Antwort vom 17. April dann durch den entscheidenden Halbsatz: „...falls das Land Nordrhein-Westfalen die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich nicht tragen möchte“.

Weitere FragenDass es dieses Angebot an das Land gab, war so bisher nicht bekannt und wirft zumindest Zweifel daran auf, dass die zuständigen Ministerien in NRW tatsächlich ernsthaft versucht haben, die Inhalte des Koalitionsvertrages auch umzusetzen. Zumal die Staatssekretärin der Grünen vom Forschungsministerium des Bundes noch einen weiteren Satz sehr deutlich formuliert: „Eine solche Absichtserklärung seitens des Landes NRW“, also die Kosten zu übernehmen, „ist der Bundesregierung nicht bekannt.“ Das ist unerwartet deutlich. Pikant ist das vor allem deshalb, weil gerade die Anti-Atom-Initiativen NRW-Ministerin Mona Neubaur immer Untätigkeit vorgeworfen haben. Fahl hat übrigens noch einen Katalog mit 16 Fragen hinterhergeschoben, bei dem die Antworten noch ausstehen ...

Wörter:	582	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	von Burkhard Giesen	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	18	Auflage:	3.276 (gedruckt) ¹
Ressort:	Lokales		3.294 (verkauft) ¹
Rubrik:	Geilenkirchener Zeitung		3.327 (verbreitet) ¹
Medienkanal:	PRINT		Reichweite: 0,01927 (in Mio) ²
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Abbildung: 152 Castoren mit radioaktiven Abfällen sind in Jülich untergebracht und sollen ins Zwischenlager nach Ahaus gebracht werden. Das Land setzt hingegen auf den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich - und könnte das offenbar auch umsetzen, wenn es Geld dafür bereitstellen würde. Foto: Burkhard Giesen

Rückholung Atommüll aus Asse II: Risiken und Pläne

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung diskutiert in der Schöppenstedter Eulenspiegelhalle. Konsequenzanalyse im Mittelpunkt.

Karl-Ernst Hueske

Schöppenstedt „Klarer, transparenter, offener“, so präsentierte sich die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach Ansicht einiger Besucher bei der Infoveranstaltung zum Thema Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II in der Schöppenstedter Eulenspiegelhalle. Im Mittelpunkt der vierstündigen Veranstaltung stand die gerade fertiggestellte, allerdings immer noch vorläufige Konsequenzanalyse.

Mit dieser wird bewertet, welche radiologischen Konsequenzen es hat, wenn die Rückholung aufgrund eines nicht beherrschbaren Lösungszutritts abgebrochen werden müsste. Oder anders ausgedrückt: Wie schnell und mit welcher Konzentration kommt die Radioaktivität aus den Einlagerungskammern raus in das Deckgebirge der Asse und in die Biosphäre, sprich in die Umwelt und zu den Menschen in der Asse-Region.

Ein derartiger nicht mehr beherrschbarer Lösungszutritt kann jederzeit passieren. Das zeigt die Geschichte der Asse-Schächte I und III, die abgesoffen sind. Und auch in die Schachtanlage Asse II bei Remlingen fließen bekanntlich jeden Tag etwa 12.000 Liter Wasser, die aber noch beherrschbar sind. Allerdings gilt es zu beachten, dass sich im Gegensatz zu den abgesoffenen Asse-Schächten in der Schachtanlage Asse II bekanntlich 118.000 Fässer mit schwach- und mittlerradioaktiven Abfällen befinden, von denen erhebliche Gefahren für die Umwelt ausgehen können. Darauf verweist auch die BGE auf ihren Internetseiten, wo es wörtlich heißt: „Weder die Geologie der Asse, noch das Bergwerk selbst eignen sich für die Lagerung radioaktiver Abfälle. Das Berg-

werk ist instabil. Es bilden sich Risse, durch die salzhaltiges Wasser eintritt. Dieses wird aufgefangen und entsorgt, damit es nicht in Kontakt mit den radioaktiven Abfällen kommt. Langfristig kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass durch den Wassereintritt radioaktive Stoffe freigesetzt werden.“

Derzeit zeigen die Ergebnisse der Emissions- und Immissionsüberwachung laut aktueller Pressemitteilung der BGE noch folgendes Ergebnis: Die Schachtanlage Asse II hat auch 2024 keinen Einfluss auf die jährliche Strahlenbelastung der Bevölkerung. Aber das kann sich beim Herausholen des Atommülls und bei einer möglichen Zwischenlagerung am Asse-Schacht ändern. Denn dazu stellte die BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder fest: „Wir setzen Radioaktivität frei, wenn wir den Atommüll rausholen.“

Basis für diese erste Konsequenzanalyse, die von Grit Gärtner vorgestellt wurde, ist die Annahme, dass die Abfälle in den Einlagerungskammern verbleiben und die Notfallplanung vollständig umgesetzt wird. Und damit ist auch schon ein Problem bei der Berechnung der Analyse genannt, denn die Notfallplanung ist derzeit noch nicht hundertprozentig umgesetzt, wie auch Graffunder offen einräumte.

Die Notfallplanung umfasst bei den Vorsorgemaßnahmen den Bau von Strömungsbarrieren, die vollständige Verfüllung von Hohlräumen und Einlagerungskammern, Gegenflutung und Schachtverschluss. Für die Konsequenzanalyse wurde davon ausgegangen, dass diese Vorsorgemaßnahmen zu 100 Prozent erfüllt sind, was tatsächlich aber derzeit nicht zutrifft. So sind zum Beispiel erst 60 Prozent der teilweise

bis zu 50 Meter langen Strömungsbarrieren errichtet worden, wie Jan Hegemann von der BGE in seinem Vortrag berichtete. Diese Strömungsbarrieren sollen den Austrag von Radionukliden aus den Einlagerungskammern verhindern oder verzögern, in dem sie dafür sorgen, dass die Einlagerungskammern möglichst nicht durchströmt werden. Und auch eine Lenkung des Transportes der Radionuklide sei durch die Barrieren möglich.

Aber auch die Resthohlraumverfüllung, eine weitere Notfallmaßnahme, ist noch nicht so weit fortgeschritten, wie in der ersten Berechnung der Konsequenzanalyse angenommen: Nicht 100 Prozent der Resthohlräume sind derzeit verfüllt, sondern 64. Und die eigentlichen Einlagerungskammern mit Atommüllfässern sind noch gar nicht verfüllt, da diese Fässer ja laut Asse-Gesetz wieder aus dem Bergwerk herausgeholt werden sollen. Deshalb konnte die Berechnung der Konsequenzanalyse derzeit auch nur bei unvollständiger Umsetzung der Notfallplanung erfolgen.

Dennoch wurde deutlich, so die vorläufige Berechnung, dass selbst im Notfall die Umweltbelastung durch austretende Radioaktivität recht gering ausfallen würde. Die Dosiswerte entsprechen denen eines Atommüllendlagers, erklärte bei der abschließenden Podiumsdiskussion der Diplom-Physiker Christian Küppers, der ansonsten einen „soliden Eindruck“ von den Berechnungen hatte. Er erklärte zudem: „Man muss nicht befürchten, dass eine Katastrophe bevorsteht.“ Und er brachte sogar den Gedanken ein, dass aufgrund dieser ermittelten Werte gar auf eine Rückholung des Atommülls verzichtet werden könnte, wenn mit diesen Berechnun-

gen ein erforderlicher Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden könne. Dieser fehlende Nachweis war bekanntlich Grundlage für das Lex Asse, mit dem die Rückholung des Atommülls gesetzlich vorgeschrieben wurde.

Doch wie belastbar sind die Dosisberechnungen, zumal sie noch nicht vollständig berechnet sind und auch einige Annahmen zugrunde gelegt werden, die erst noch verifiziert werden müssen? BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder will deshalb den bisherigen Rückholungsprozess weiterverfolgen: „Die Rückholung ist die Kür, die Sicherheit für die Region ist Pflicht.“ Wichtig sei es, Antworten auf die Frage zu finden: Was müssen wir machen, dass möglichst we-

nig Radioaktivität in die Biosphäre gelangt?

Doch wann wird mit der Rückholung begonnen? 2033 war vor einigen Jahren als Startpunkt genannt worden. Aber dieser Termin wird wohl nicht zu halten sein. Das wurde bei der Veranstaltung in Schöppenstedt deutlich. An einem neuen Zeitplan wird bereits gearbeitet.

Und auch das Thema Zwischen- oder Endlager für den Atommüll an der Asse wurde in der Sitzung angesprochen. Heike Wiegel von der Bürgerinitiative Aufpassen erkundigte sich nach der Suche nach alternativen und sicheren Standorten für ein Zwischenlager. Dazu erklärte Graffunder: „Ehe wir nicht wissen, ob wir den Atommüll zurückholen

können, werden wir nur Planungen erstellen. Erst wenn klar ist, dass der Müll zurückgeholt wird, werden wir ein Zwischenlager bauen.“

Zum Abschluss der Infoveranstaltung in Schöppenstedt verabschiedete sich mit dem Bergingenieur Dr. Thomas Lautsch der technische Geschäftsführer der BGE, der sich jahrelang intensiv mit Asse II beschäftigt hat. Er lobte in seinen Abschiedsworten die engagierte und professionelle Mannschaft des Asse-Bergwerks und die Kreativität der Rückholungsplaner sowie das Engagement in der Bevölkerung. Dabei lobte er auch den fairen und sachlichen Umgang bei allen Fragen, die die Asse betreffen.

Wörter:	957	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Karl-Ernst Hueske	Nummer:	111
Seite:	20	Ausgabe:	Nebenausgabe
Ressort:	Lokales	Auflage:	9.940 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		11.329 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		11.519 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,03226 (in Mio) ²

¹ IVW 1/2025
² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: Über die Zukunft des Atommülllagers Asse II diskutierten in der Schöppenstedter Eulenspiegelhalle: (von links) Moderator Frank Ehrlich, Clemens Walter (Uni Hannover), Diplom-Physiker Christian Küppers, BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder und Grit Gärtner (BGE).
Karl-Ernst Hueske FMN
Fotograf/-in: FMN

Abbildung: Der Leiter der Asse-Infostelle, Frank Ehrlich, vor einer Info-Tafel, die die möglichen Auswirkungen des Atommülls auf Menschen und die Umwelt verdeutlichen soll. Karl-Ernst Hueske FMN
Fotograf/-in: FMN